

## **Die Resolution des Rates der Stadt Wolfsburg gegen Rechtsradikalismus**

„1. Der Rat wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen jegliche Bestrebungen, Wolfsburg zum Schauplatz rechtsextremer Aktivitäten zu machen. Er stellt klar, dass die Stadt Wolfsburg alles unternehmen und sicherstellen wird, um das Handeln rechtsextremer Gruppen zu unterbinden und insbesondere die Einrichtung eines „KdF-Museums“ in Wolfsburg zu verhindern. Wolfsburg ist eine weltoffene und international ausgerichtete Stadt, in der Menschen vieler Nationalitäten seit Jahrzehnten friedlich zusammen leben. Der Gedanke der Integration wird in Wolfsburg als wichtiges städtisches Ziel gefördert und gelebt.

2. Die Erbbaurechtsnehmerin des Grundstücks an der Heinrich-Nordhoff-Straße, auf dem dem Vernehmen nach ein KdF-Museum eingerichtet werden soll, wird mit allem Nachdruck aufgefordert, eine Nutzung des Grundstücks durch rechtsextreme Gruppen zu unterlassen und zu unterbinden. Die Stadt fordert sie zur Einhaltung sämtlicher rechtlicher Vorschriften einschließlich der Verpflichtungen aus dem Erbbaurechtsvertrag auf.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, alle rechtsstaatlichen Mittel einzusetzen, um rechtsextreme Aktivitäten und insbesondere die Errichtung eines derartigen Museums zu verhindern. Wolfsburg soll und darf nicht Ort von Darstellungen und Zielsetzungen zur Verherrlichung des Nationalsozialismus sein, der Leid, Schmerz und Tod über unzählige Menschen gebracht hat.

4. Wolfsburg ist sich seiner Vergangenheit bewusst und bekennt sich zu ihr. Die Stadtgeschichte ist gründlich und vorbehaltlos aufgearbeitet worden. Rat und Verwaltung der Stadt Wolfsburg werden sich gemeinsam und im Schulterschluss mit allen Wolfsburger Demokraten dagegen wehren, dass die Stadt Wolfsburg für die Präsentation rechtsradikalen Gedankengutes missbraucht wird.“

---

*Quelle: Stadt Wolfsburg, Kommunikation, Porschestr. 49, 38440 Wolfsburg*